

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 47 (1967-1968)
Heft: 2

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

DIE WÜRFEL SIND GEFALLEN

Pariser Chronik

Ein deutlicher Rückschlag für die Fünfte Republik und der unbestreitbare Erfolg der Kommunisten kennzeichnen das Ergebnis der französischen Parlamentswahlen vom 12. März. Die UNR bleibt zwar immer noch eine mächtige Partei, doch hat der Wahlausgang der Mehrheit einen empfindlichen Schlag versetzt: ihre Führer, unter ihnen mehrere amtierende Minister, bekamen dies am eignen Leib zu spüren.

Da der Linksrutsch viel stärker ausfiel, als man vor den Wahlen angenommen hatte, erreichte die Partei General de Gaulles das absolute Mehr nur mit knapper Not, dank den Stimmen Polynesiens und der Marquesas-Inseln, die ein französisches Übersee-Territorium bilden. Wie Georges Pompidou mit eisigem Humor feststellte, entsprachen die Resultate nicht ganz den Erwartungen. Alle Beobachter, ja selbst die Elektronengehirne, welche die Wahlergebnisse laufend auswerteten, erwiesen sich als zu optimistisch. Allen Beteuerungen der Wahlkampagne zum Trotz, ist heute die Einheit der UNR auseinandergebrochen. Die Linksgaullisten, die sich selber so nennen, haben sich um René Capitant, der als Abgeordneter von Paris wiedergewählt wurde, und um Louis Vallon geschart. Vallon, der Urheber des berühmten «Amendements», ist ein scharfer Gegner Pompidous, den er für den «Konservatismus» des Hôtel Matignon verantwortlich macht. Im Namen seiner Partei, des Demokratischen Zentrums, hat Jean Lecanuet sofort die Folgerungen aus der neuen Lage gezogen, indem er folgende kurze Erklärung abgab: «Die Mehrheit wird sich von der Notwendigkeit, ihre Fehler zu korrigieren, Rechenschaft geben und die neuen Etappen im Hinblick auf eine realistische Sozialpolitik festlegen

müssen.» Man könnte die Politik der Zentrumspartei, die infolge ihrer besonderen Stellung in der neuen Kammer die Rolle des Züngleins an der Waage spielen wird, nicht prägnanter formulieren. Viele Beobachter sind der Meinung, daß diese Partei, trotz ihrer Wahleinbußen, einer nationalen Notwendigkeit entspricht und daß sie, zusammen mit den 44 Abgeordneten Giscard d'Estaings, in der Lage sein wird, eine kommunistische Mehrheitsbildung zu verhindern.

Dies sind die ersten Schlußfolgerungen des Urnenganges vom 12. März, der die Zusammensetzung der neuen Kammer radikal verändert hat. Für das gaullistische Regime ist die Zeit vorbei, in der das französische Staatsoberhaupt alles entscheiden und eine sozusagen unbeschränkte persönliche Macht ausüben konnte. Ein großer Teil der Wählerschaft hat sich gegen ihn verbündet. Damit ist einmal mehr der Beweis erbracht, daß die absolute, parlamentarische Mehrheit nicht unbedingt die Mehrheit des Landes vertritt: das Beispiel gilt für alle Demokratien. Die Mitglieder der Mehrheit, das heißt in diesem Falle die Mitglieder der UNR, müssen heute die Rechnung dafür bezahlen, während umgekehrt das berühmte «Ja-Aber» Giscard d'Estaings, das ihm aus den Reihen der Gaullisten zahlreiche Vorwürfe eintrug, sich schließlich für seine zahlenmäßig angewachsene Gruppe als lohnend erwiesen hat.

Um gerecht zu sein ...

Man kann der von General de Gaulle seit 9 Jahren verfolgten Politik das Verdienst nicht absprechen, daß sie dem Algerien-

krieg, der die Franzosen in zwei Lager spaltete, ein Ende gesetzt, Frankreich seinen Platz unter den großen Weltmächten zurückgegeben, das Land mit politischen Institutionen, die ihm die Stabilität sichern, ausgestattet und schließlich ein paar Millionen Franzosen, die lange als «Separatisten» behandelt worden waren, wieder in die nationale Einheit eingegliedert hat. Dennoch ist es dem General nach dem ersten Urnengang nicht gelungen, einen gaullistischen Rückschlag zu verhindern, von dem auch Männer betroffen wurden, welche für die Politik de Gaulles so repräsentativ sind wie Außenminister Couve de Murville und Verteidigungsminister Mesmer. Ihr Mißerfolg hat die amerikanischen Beobachter besonders überrascht, die einen erdrückenden Wahlsieg der Gaullisten erwartet hatten. Sie fragen sich heute, ob die Schwächung ihrer Position nicht eine fühlbare Änderung in der französischen Außenpolitik mit sich bringen wird.

Wenn auch unterstrichen wird, daß die Fünfte Republik in der Nationalversammlung die Mehrheit behält, zweifelt doch niemand daran, daß diese tatsächlich sehr prekäre Mehrheit beim ersten Sturm in die Brüche gehen könnte. Die kommunistische Partei vergrößert ihren Bestand von 41 auf 73, was in den Hauptstädten des Auslands und besonders in Washington, wo man die fachliche Kompetenz und die distinguierte Höflichkeit Couve de Murvilles schätzte, einige Beunruhigung ausgelöst hat. In Moskau dagegen wurden die Wahlergebnisse mit lebhafter Befriedigung aufgenommen. Die Sowjetführer haben damit sofort zu einer Lage Stellung bezogen, die, ob man es will oder nicht, einen Sieg für den Kommunismus und für Rußland besiegelt.

Bedeutet dies, daß die Partei reif ist, um, zusammen mit der Linksföderation, die Führung der Staatsgeschäfte zu übernehmen? Gewiß, die Zeiten sind vorüber, in denen die KP ganz Europa Entsetzen einjagte und die bürgerliche Welt sich die Kommunisten in der amüsanten Zerrgestalt eines Muschiks mit dem Dolch zwischen den Zähnen vorstellte. Wer heute an Waldeck-Rochet, den Nachfolger Mau-

rice Torrès' in der Parteileitung, die Frage richtet, ob die KP revolutionär bleibe, dem antwortet der Generalsekretär unweigerlich mit biederem Burgunder-Akzent: «Unsere Partei bleibt selbstverständlich revolutionär, aber wir stellen uns die Revolution ausschließlich auf demokratischem Wege vor.» Ist diese Erklärung ehrlich gemeint, oder handelt es sich um eine taktische List? Das wird man erfahren, sobald die kommunistische Partei einmal an die Macht gelangt und die Probe aufs Exempel liefern muß.

In der Bundesrepublik hat die Tatsache, daß die Fünfte Republik im neuen Parlament beinahe in die Minderheit versetzt wurde, größtes Erstaunen ausgelöst. Die gewiegtsten Pressebeobachter Bonns hatten einen gaullistischen Sieg vorausgesagt. Nun ist das Gegenteil eingetreten, ohne daß man, wenigstens für den Augenblick, von einer Machtergreifung durch die äußerste Linke sprechen könnte. In der Umgebung des Bundeskanzlers Kiesinger nährt man indessen weiterhin Hoffnungen auf eine Neubelebung der europäischen Politik seitens der französischen Regierung. Man zweifelt nicht daran, daß Paris bald gezwungen sein wird, vermehrt auf die europäische Linie einzuschwenken und gegenüber der atlantischen Solidarität eine verständnisvollere Haltung einzunehmen. In Rom herrscht unter den politischen Beobachtern die gleiche Ansicht; auch zweifelt man nicht am baldigen Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt. Bereits zeichnet sich in den Reihen der Nationalversammlung ein doppelter Einfluß ab: auf der einen Seite setzen sich die Unabhängigen Republikaner (die Gruppe Giscard d'Estaings) für einen progressiven Zusammenschluß der verschiedenen gemäßigten Strömungen ein; auf der andern Seite besteht Aussicht, daß die demokratische Zentrumspartei Jean Lecanuets, die eine klare Mittelstellung einnimmt, die Regierung zu vermehrter Geschmeidigkeit in der Frage des europäischen Zusammenschlusses bewegen wird.

Bewunderer und Kritiker der gaullistischen Politik geben heute gleichermaßen

zu, daß die Autorität General de Gaulles ernsthaft erschüttert worden ist. Wie denkt er, diesem Umstand zu begegnen? Zunächst indem er eine Art «Kriegskabinett» bildet, dessen Aufgabe vor allem darin bestehen wird, jene nationale Unabhängigkeit zu wahren, die seiner gesamten Außenpolitik ihr Gesicht verleiht. Der jüngste Urnengang muß ihm gezeigt haben, daß man mit Machiavellismus und Verachtung allein einen Wahlkampf nicht immer gewinnen kann. Die wesentlichen Faktoren einer guten Politik heißen heute: wirtschaftliche Prosperität, Wohlstand und sozialer Fortschritt — lauter Dinge, die für den General unter den Sammelbegriff der «Intendanz» fallen und denen er nie große Aufmerksamkeit geschenkt hat. Auch wenn sein persönliches Prestige, vor allem in der Dritten Welt, noch groß ist, erscheint der gaullistische Mythos doch ernsthaft erschüttert. Der General wird große Anstrengungen unternehmen müssen, um das Vertrauen der Mehrheit der Wähler wiederzugewinnen, das er am 12. März verloren hat. Weder hat er bisher das langgehütete Geheimnis über seine weiteren Absichten gelüftet, noch hat er der von ihm ständig gebrauchten Formel: «Europa vom Atlantik bis zum Ural» eine klare Auslegung gegeben.

Angeschlagener Mythos

Im selben Maße, wie sich die Illusionen verflüchtigen und die öffentliche Meinung sich der neuen politischen Gegebenheiten bewußt wird, erwacht das Land aus seinem Dornröschenschlaf. Als de Gaulle 1958 ans Ruder gelangte, konnte er sich auf eine Art Machtübertragung berufen, die ihm damals in Frankreich, angesichts des algerischen Engpasses, niemand streitig machte. Nach und nach verbreitete sich indessen der Eindruck, daß de Gaulle die souveränen Vollmachten, die er sich zugelegt hatte, dazu benützte, um sich, dank der Gunst der Umstände, als Alleinherrscher zu etablieren. Einige begriffen, was vor sich ging, viele wollten es sich nicht eingestehen,

obschon die Zeichen der Abnützung für die Anhänger des Regimes, oder wenn man so will des Systems, deutlich sichtbar wurden.

Die Mehrheit bleibt die Mehrheit, allerdings mit knappen zwei Stimmen. Von jetzt an aber sieht sie sich der starken Opposition der von François Mitterand mit Hilfe seines Stabes an der Rue de Lille geleiteten Linksföderation gegenüber. Gerade in Anbetracht ihres Erfolges wird die Föderation in erster Linie darauf bedacht sein, sich zu organisieren. Sie wird dem Lande ihre Regierungstauglichkeit beweisen wollen und unterdessen geduldig die Stunde des Nachgaullismus abwarten. Zu dieser aufsteigenden Linken bildet das Demokratische Zentrum Jean Lecanuels ein nicht zu unterschätzendes Gegengewicht, das sich, wie wir glauben, fähig erweisen wird, mit der Gruppe der «Giscardiens» zusammenzuarbeiten, um ein demokratischeres, moderneres, sozialeres, stärker nach Europa ausgerichtetes Frankreich zu schaffen. Die neue Phase der französischen Politik berechtigt zu Hoffnungen auf jene Fortschritte in der politischen Einigung Europas, wie sie von der Gesamtheit der Zentrumsabgeordneten, mit anderen Worten von den Gemäßigten, gewünscht werden. Trotz seiner Wendigkeit und trotz seinem persönlichen Format als politischer Debatter ist Georges Pompidou, den man bereits als den zukünftigen Regenten bezeichnet hatte, heute nur noch ein Premierminister auf Abruf. Man zweifelte nicht daran, daß er mehr Aussichten auf Erfolg besaß als Michel Debré und daß er diesen Lieblingssohn des Generals unwiderruflich in den Schatten stellen würde. Seine klassische Bildung macht ihn zum vollendeten Repräsentanten jenes Typus eines intellektuellen Franzosen, in dem sich liberaler Radikalismus, laizistischer Eklektizismus und Humanismus, wie sie von den Schülern der berühmten Ecole Normale Supérieure seit jeher gepflegt wurden, in völliger Harmonie verbinden. Dennoch haben diese beachtlichen Gaben, die er während seiner Amtszeit vielfach bewiesen hat, es nicht verhindern können,

daß die Wirtschafts- und Sozialpolitik der von ihm geleiteten Regierung in das Kreuzfeuer der Kritik geriet. Als unbeugsamer Liberaler hat er sich immer dagegen gewehrt, daß die öffentliche Gewalt den Wirtschaftsablauf bevormundet.

Die Spaltung, die sich zur Stunde, da wir diesen Bericht verfassen, im gaullistischen Lager abzeichnet, fällt zeitlich zusammen mit einer Verschlechterung der innenpolitischen Lage infolge der Ausschreitungen in den Rebbaugebieten des Südens und der gewerkschaftlichen Agitation auf dem Sektor des Transportwesens. René Capitant, der soeben als Delegierter von Paris wiedergewählt wurde, hat Pompidou für die verhältnismäßig konservative Politik der UNR verantwortlich gemacht. Er wirft ihm vor, daß er das «Amendement Vallon» hinsichtlich des Eigentums an den Investitionen zu Fall gebracht habe. Nach einer Unterredung mit de Gaulle im Elysée hat René Capitant seine scharfen Angriffe gegen den Premierminister erneuert und zu verstehen gegeben, daß er als Chef der Linksgaullisten in diesem Falle auf das volle Verständnis des Staatsoberhauptes zählen könne: «Wenn die Wahlen einen ungünstigen Verlauf genommen haben, so ist dies auf die konservative Politik des Hôtel Matignon zurückzuführen.»

De Gaulle, der bekanntlich die «Intendanz» verachtet, sieht sich heute genötigt, als Schiedsrichter im Konflikt zwischen dem linken Flügel der UNR und Georges Pompidou, dem unerschütterlichen Verteidiger des freien Unternehmertums, aufzutreten und so die Existenz einer dritten Kraft im Lande anzuerkennen, jenes Zentrums nämlich, das den Einfluß der erobungsfreudigen Föderation Mitterands und der Kommunisten eindämmen kann. Wer wird aus diesem Machtkampf zwischen Links und Rechts als Sieger hervorgehen? Das kann nur die Zukunft erweisen. Eines aber ist schon jetzt sicher: so wenig das gaullistische Regime sich auch um die demokratischen Spielregeln kümmern mag, es wird fortan mit der Opposition rechnen müssen. Zwar tut de Gaulle in seiner

gewohnt phlegmatischen und autoritären Art immer noch, als habe er nichts bemerkt. Einen geschlagenen Minister bedachte er, in Anwesenheit von ein paar verdutzten Zeugen, mit dem Virgilzitat: «Infandum regina jubes renovare dolorem.» «O Königin, was rührst du an die Wunde, die brennend mich verzehrt ...?» Mit diesen Worten beginnt Äneas seine Erzählung vom Untergang Trojas. Anscheinend wollte sich General de Gaulle über den Schmerz, den ihm der Mißerfolg eines Kandidaten verursachte, lustig machen.

Im Ministerrat zitiert er heute Ludwig XIII. und Richelieu, der, wie er sagt, mit seiner Politik ebenfalls auf den Widerstand der Franzosen stieß, weil er ein neues Frankreich schaffen und die Wirren beheben wollte. Doch mag er sich auch um die von ihm selber aufgestellten demokratischen Regeln wenig kümmern, muß doch das gaullistische Lager fortan mit der Opposition rechnen. Das prunkvolle Äußere, mit dem der General seine diktatoriale Machtausübung umhüllt hat, wird von den konkreten Problemen, die seiner Regierung harren, überschattet werden. Die nationale Einheit wird sich nunmehr um das Zentrum verwirklichen. An die Männer des Zentrums, an die Gemäßigten, ergeht der instinktive Appell der Nation.

Der Sessionsbeginn

Die Wahl Chaban-Delmas' zum Präsidenten der Nationalversammlung eröffnet für das Staatsoberhaupt die Aussicht auf Stabilität, enthebt aber seine Regierung nicht der Notwendigkeit, den Dialog mit der Opposition aufzunehmen. Zwar hat der General in aller Ruhe ein neues Kabinett nach seinem Sinn bilden können, doch wird die Regierung dennoch gezwungen sein, auf die Willensäußerungen und die Warnungen der beiden Kammern zu hören. Es ist bemerkenswert, daß rund zwanzig Abgeordnete, die nicht der Mehrheit angehören, für den gaullistischen Kandidaten, also für Chaban-Delmas, gestimmt haben, womit nebenbei der Beweis erbracht ist, daß die Zentrumsgruppe ihr Gewicht be-

sitzt und trotz ihrer teilweisen Wahlniederlage nicht, wie einige allzu voreilig verkündet hatten, aus dem parlamentarischen Spiel ausgeschieden ist. Allerdings läßt sich nicht leugnen, daß das Zentrum, gerade infolge des Gaullismus, gegenwärtig einem starken Sog ausgesetzt ist. Der Wahlgang, der Chaban-Delmas auf den Präsidentenstuhl erhoben hat, besitzt die Bedeutung eines Präzedenzfalls für die kommende Legislaturperiode. Dennoch kann niemand voraussagen, ob sich diese Option unter allen Umständen wiederholen wird. Es ist aber wahrscheinlich, daß die Zentrumsdeputierten es vorziehen werden, ihre Stimmfreiheit zu wahren und sich nicht von der Föderation François Mitterands absorbieren zu lassen.

Die Bedeutung der Wahl vom 4. April wird sichtbar, wenn man bedenkt, daß die Chancen für eine Dritte Kraft erhalten bleiben und daß diese Kraft das Gleichgewicht zwischen der gaullistischen Rechten und der mit den Kommunisten verbündeten Föderation herstellen könnte. Der Antagonismus zwischen diesen beiden Blöcken, der, wie man weiß, nicht in das Konzept de Gaulles paßt, wird so durch die Existenz einer Gruppe von rund 50 Abgeordneten kompensiert, die ihre Stimmen in die eine oder in die andere Waagschale werfen können. Natürlich kann niemand voraussagen, was die Zentrumsgruppe in Zukunft tun wird, doch zeigt man sich unterdessen in den Reihen der Gemäßigten sehr erfreut darüber, daß die

fatale Kluft zwischen zwei monolithischen Blöcken, die sich bis anhin in unheilbarer Feindschaft gegenüberstanden, auf diese Art überwunden wird.

Es ist oft gesagt worden, daß es in Frankreich nur die Wahl zwischen Gaullismus und Kommunismus gibt. Das große Verdienst General de Gaulles besteht vielleicht darin, daß er den Beweis erbracht hat, daß eine Dritte Kraft durchaus eine Chance besitzt, hat doch das Zentrum, welches von gewissen Leuten voreilig zu Grabe getragen wurde, seine Eigenexistenz in der französischen Politik behauptet. Gewiß, die Rechte der Opposition werden dadurch nicht geschmälert und es ist zu erwarten, daß sie von ihnen bei der ersten Gelegenheit Gebrauch machen wird. Der Zusammenprall zwischen Exekutive und Legislative ist leicht vorauszusehen und wird nicht ausbleiben. Es ist das Drama, das Frankreich während bald zwei Jahrhunderten unter fünfzehn verschiedenen Regimen gekannt hat. Was wir abschließend betonen möchten, ist die Tatsache, daß das Parlament sich nun seiner Rolle als Gesetzgeber, die es unter dem herrschenden Regime verloren hatte, wieder bewußt geworden ist. Es wird daher der Legislaturperiode, die heute unter einem neuen und glücklichen Stern beginnt, einen neuen Stil aufprägen. Alle Republikaner — und sie bilden in Frankreich die Mehrheit — können sich darüber nur freuen.

Jean de Saint-Chamant

PRAKTISCHE ENTWICKLUNGSHILFE

Noch immer wird in unserem Land in weiten Kreisen verkannt, in welcher Weise von der Schweiz aus Entwicklungshilfe geleistet wird. Manche Vorwürfe, manche Kritik würden unterbleiben, wenn man sich die Mühe nähme, die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe ins Auge zu fassen, anstatt eigenen oder fremden Vorurteilen

und irreführenden Schlagworten zu folgen. Man würde dann feststellen, daß von Geldverschwendung auf der einen Seite und Mißbrauch der erhaltenen Mittel auf der andern zumindest im Falle der Schweiz nicht gesprochen werden kann. Die Konzeption der von verschiedenen Stellen durchgeführten Entwicklungsarbeit darf

als realistisch bezeichnet werden, und wenn der Erfolg nicht immer den Erwartungen entspricht, so hängt dies mehr mit den spezifischen Schwierigkeiten der Aufgabe als mit der Art und Weise zusammen, wie die Probleme angepackt werden.

Ein schönes Beispiel solcher Entwicklungshilfe bietet die *Schweizerische Stiftung für technische Entwicklungshilfe*, eine Institution, die von der Privatwirtschaft getragen wird und über ein Jahresbudget von rund 2 Millionen Franken verfügt. Wie wird dieses Geld eingesetzt? Hauptsächlich für die Ausbildung von unterem und mittlerem Kader, an dem es in den Entwicklungsländern so sehr mangelt. In mehrjährigen Kursen werden an Ort und Stelle, unter schweizerischer Leitung und mit schweizerischer Ausrüstung, vor allem Präzisions- und Instrumentenmechaniker geschult. Kürzlich wurde nun an einer in Zürich durchgeführten Tagung, die unter dem Motto «Praktische Entwicklungshilfe» stand, über die Erfahrungen auf zwei der Aktionsfelder sehr offenmutig berichtet. Dabei wies der Präsident der Stiftung, Dr. *Hans Schindler*, darauf hin, wie sehr die meist im Internat geführten Ausbildungsstätten geeignet sind, den Sinn für Ordnung, Plichterfüllung und Sauberkeit zu wecken als Grundlage jeder sachgerechten Arbeit.

Im «Indo-Swiss Training Centre» in Chandigarh (Indien), das seit 3½ Jahren funktioniert und in dessen Kosten von bisher 5 Millionen Franken sich die Stiftung und die indische Regierung etwa teilen, konnten gewisse Aufgaben bereits indischem Personal überantwortet werden. Dies ist ein sehr wichtiger Punkt, denn alle Projekte sind darauf ausgerichtet, in einem späteren Zeitpunkt in einheimische Hände überzugehen. Wie begehrt ein Platz im Training Centre ist und welche Beachtung die Ausbildungsstätte bereits gefunden hat, zeigen folgende zwei Daten: Für die 36 Plätze, die jährlich am Centre neu zu besetzen sind (für drei Jahre), melden sich jeweils etwa 2000 junge Leute. Und in einer Stellenausschreibung in Hayderabad, 2000 km von Chandigarh entfernt,

wurde als Bedingung genannt: 5 Jahre Praxis oder Absolvent des Training Centres. Solche Tatsachen sprechen für sich selbst.

Vielfältig sind die Probleme, mit denen sich das in Dahomey geführte agromechanische Ausbildungszentrum auseinanderzusetzen hat. Nirgends so wie in der Landwirtschaft stellen sich Tradition und Fatalismus dem Fortschritt immer wieder in den Weg. Der Bericht des Projektleiters machte deutlich, welche große Beweglichkeit bei der Durchführung einer Aktion bisweilen erforderlich ist, wie die Pläne ständig neuen Gegebenheiten angepaßt werden müssen. Beide Referenten ließen mit Eindringlichkeit die Problematik der Entwicklungshilfe erkennen, beide sprachen von den zum Teil erheblichen Schwierigkeiten, auf die sie in ihrer Arbeit stoßen, aber bei beiden war auch der feste Wille erkennbar, die von ihnen übernommene Aufgabe fortzuführen, auch wenn man sich mit kleineren als den erhofften Erfolgen zufrieden geben muß.

Diese vorsichtig optimistische Haltung entspricht der Ernüchterung, von der alt Bundesrat *F. T. Wahlen* in seinem Schlußwort sprach. Diese hat den Idealismus — wenn nicht gar Messianismus —, von dem die Entwicklungshilfe anfänglich getragen war, abgelöst. Doch er warnte vor einem Abgleiten in den Pessimismus. «Wir müssen diese Aufgaben, so groß und so unlösbar sie scheinen, anpacken: weltweite Interdependenz ist eine Tatsache, nicht ein bloßes Wort.»

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand ein Vortrag von *Theodor Waldesbühl*, Generaldirektor der Nestlé Alimentana AG, über «Aufgaben und Grenzen industrieller Entwicklungshilfe». Kaum ein anderes schweizerisches Unternehmen hat wohl eine so reiche und langjährige Erfahrung in Entwicklungsländern wie gerade die Nestlé. Um so aufschlußreicher war es, daß nicht etwa ein resignierter Ton das Kennzeichen des Referates war. Waldesbühl wies nicht nur auf die Voraussetzungen und Schwierigkeiten industrieller Entwicklungshilfe hin, sondern auch auf die

Möglichkeiten und Erfolgchancen. Kritik, so fragte er, «ist sie letzten Endes etwas anderes als die Widerspiegelung der Größe des Problems und der enormen Schwierigkeiten, die seiner Lösung entgegenstehen»? Ein Gesichtspunkt zweifellos, der die Dinge in den ihnen angemessenen Rahmen stellt.

Waldesbühl schreibt der industriellen Entwicklungshilfe auf lokaler Ebene eine gewisse Initialzündung zu. Denn wer an einem Ort eine Fabrik errichtet, stellt Beziehungen her, die für alle Partner von Vorteil sind; es werden Mitarbeiter eingestellt, die von da an eine regelmäßige Beschäftigung und ein regelmäßiges Einkommen haben; man nimmt Lieferanten in Anspruch; diese gewinnen damit regelmäßige Abnehmer und kommen so zu einem regelmäßigen Einkommen; der lokale Handel belebt sich; das Steueraufkommen des Ortes steigt; usw. usw.

Freilich gilt es auf diesem Wege manche Hürde zu nehmen. Bei den einheimischen Arbeitskräften mangelt es vielfach am Interesse an der Sache; Ausdauer und Durchhaltewille fehlen; der Glaube an die Notwendigkeit und Würde der Arbeit ist oft nicht vorhanden. Pünktlichkeit, Arbeitswille und Einsatzfreude sind nicht selten an einem kleinen Platz. «Aber Entwicklungshilfe ist ja gerade dazu da, diese Eigenschaften einer Bevölkerung zu vermitteln.» Eine fundamentale Schwierigkeit in afrikanischen Ländern besteht darin, daß der Schwarze eine emotionale Vernunft hat und nicht eine analytische wie wir, was sich besonders für einheimische Führungskräfte ungünstig auswirkt.

Im Hinblick auf die bestehenden Nationalisierungstendenzen in manchen Entwicklungsländern machte der Referent einen interessanten Vorschlag. Für die Fabrikanlagen in Entwicklungsländern könnte — ähnlich wie bei unseren Elektrizitätswerken — eine Heimfallklausel vereinbart werden, nach der diese nach Ablauf von 99 Jahren an den Staat übergehen würden. Die konzessionierten Industrien können in dieser Zeitspanne die erforderlichen langfristigen Gewinne realisieren, ihre Anlagen erneuern und amorti-

sieren und sich rechtzeitig nach neuen Tätigkeitsgebieten umsehen. Waldesbühl erachtet aber auch die hälftige Kapitalbeteiligung des betreffenden Entwicklungslandes («joint venture») als eine gangbare Lösung, sofern die Kontrolle des Unternehmens beibehalten werden kann. Dies setzt allerdings ein Vertrauensverhältnis voraus, für das oft die Grundlagen fehlen. Exzessive Besteuerung und Nationalisierung schrecken ausländische Unternehmen vor Investitionen in Entwicklungsländern ab. Der Präsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Bankgesellschaft, Dr. *Alfred Schaefer*, ging noch einen Schritt weiter mit der Ansicht, wir hätten in der Vergangenheit zu wenig Mut gezeigt, zu unseren eigenen Überzeugungen zu stehen, indem wir Rechtsbrüche, besonders im Zusammenhang mit Nationalisierungen, einfach hingenommen hätten.

Aus der lebhaften Diskussion seien hier noch zwei Aspekte herausgegriffen. Die richtige, wenn auch auf praktischer Ebene noch kaum zur Geltung gelangte Ansicht, daß Entwicklungshilfe nur dann sinnvoll sei, wenn die Industrieländer auch bereit sind, den industriellen Exporten der Entwicklungsländer ihre Grenzen zu öffnen und die daraus sich ergebenden Strukturänderungen in der eigenen Wirtschaft auf sich zu nehmen. Und sodann die von dem langjährigen Entwicklungsexperten Dr. *Walter Boßhard* vorgetragene These, daß das Problem der Beziehungen zwischen dem Abendland und den nachkolonialen Tropengebieten noch gar nicht richtig durchdacht worden sei, daß Entwicklungshilfe bisher auf rein pragmatischer Grundlage beruhe. Die eigentlichen Schwierigkeiten, so wurde zu bedenken gegeben, liegen im niedrigen Stand der geistigen Entwicklung und nicht auf finanziellem Gebiet. Wirtschaftliche Entwicklung ist nur in dem Grade möglich, als sich eine geistige Entwicklung vollzieht. Und diese ist ihrer Natur nach langsam.

Wenn die Tagung auch nur einige wenige Aspekte der Entwicklungshilfe aufzeigen konnte und sich bewußt auf deren praktische Seite ausrichtete, wurden gleich-

wohl und unvermeidlich die weiteren Zusammenhänge wenigstens gestreift, in die Entwicklungshilfe eingebettet ist. Die Spannweite der Probleme ist enorm, wir sind weit davon entfernt, sie in ihrer Verflechtung und ihrer vollen Tragweite zu erkennen. Entwicklungshilfe ist gleichzeitig ein Lehr- und ein Lernprozeß. Es gibt dafür in der Geschichte keine Vorbilder. Doch eines ist klar: daß die Entwicklungs-

länder nicht warten wollen und daß wir selbst unter den heutigen politischen Verhältnissen nicht warten dürfen, bis die ganze Problematik der Aufgabe durchdacht ist. Wir müssen handeln, obwohl wir das in der Ferne liegende Resultat unseres Tuns heute gar nicht absehen können.

Rudolf Frei

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Ein gesamtschweizerischer Testfall?

In den letzten Wochen war es ein kantonales Ereignis, das die Szene der eidgenössischen Politik beherrschte: der Wahltag im Kanton Zürich vom 9. April. Es sind zwei Aspekte, die ihm gesamtschweizerisches Relief gegeben haben. Einmal handelt es sich bei Zürich um den volkreichsten und wirtschaftlich bedeutendsten eidgenössischen Stand, dessen politische Geschichte daher weitherum auch auf besonderes Interesse stoßen. Zum andern wurde der Zürcher Wahlkampf von einer Partei, dem Landesring der Unabhängigen, ausgeprägt mit eidgenössischen Themen geführt; damit wurde der Ausgang für viele Beobachter zu einem Testfall im Vorfeld der Nationalratswahlen — zu einem Testfall allerdings, der bei genauerem Zusehen doch nicht so schlüssig zu sein scheint, wie man auf den ersten Blick meinen könnte, weil der Landesring in mancher Beziehung eine spezifisch zürcherische Erscheinung darstellt.

Tatsache ist indessen, daß der Landesring sich als Oppositionspartei installierte, obwohl er in Stadt und Kanton Zürich Regierungspartei ist, und daß er auf diese Weise unter geschickter Ausnützung des Unbehagens wegen der Teuerung und wegen der ausgeprägten «Kompromißpolitik» in unserer «Konkordanzdemo-

kratie» unter der Führung einer «Allparteienregierung» zu einem wohl auch von ihm selbst nicht in diesem Ausmaß erwarteten Wahlerfolg gekommen ist. Er gewann nicht weniger als 13 Mandate und stellt nun ebenso viele Kantonsräte wie die bisher größte bürgerliche Fraktion der BGB-Partei, nämlich 31. Dabei fällt auf, daß er vor allem in der Landschaft stark an Boden gewonnen hat, während er bisher im Rufe stand, ein typisches Großstadtwachstum zu sein.

Als weitere Überraschung ist die Tatsache zu werten, daß sämtliche übrigen großen Parteien Mandate einbüßten. Viele Prognostiker hatten nämlich angenommen, daß von allfälligen Mandatverschiebungen vor allem die Freisinnigen betroffen werden könnten, da diese auf eidgenössischer Ebene in den letzten Jahren besonders exponiert waren. Stattdessen haben nun die BGB-Partei (3, wie die Freisinnigen), die Christlichsozialen (2), die Sozialisten (2) und die Demokraten (3) Mandate verloren, und nur die Evangelische Volkspartei und die Partei der Arbeit vermochten den Besitzstand zu wahren. Das läßt sicherlich die Deutung zu, daß es vor allem das «Image» der «Oppositionspartei» war, welches sich für den Landesring so günstig auswirkte.

Wahlkampf — eine Frage des Stils?

Mit ins Bild gehört aber auch der Umstand, daß die Stimmbeteiligung verhältnismäßig gering war, nämlich knapp 64 Prozent. Und dies, obwohl vor allem die Regierungsratswahlen hart umkämpft waren. War daran der Stil der Kampagne schuld, wie manche Kommentatoren wahrhaben wollen? Tatsache ist zunächst, daß der im stadtzürcherischen Wahlkampf 1966 entwickelte «Neue Stil» auf kantonaler Ebene nur ansatzweise übernommen wurde. Das hängt mit der gegenüber den Stadtpräsidentenwahlen völlig veränderten parteipolitischen und wahltaktischen Situation zusammen. Darüber hinaus stellt ein kantonaler Wahlkampf räumlich und zeitlich nun einmal ganz andere Probleme als eine städtische Ausmarchung.

Da der «Neue Stil» der letztjährigen Kampagne trotz der guten Presse, die ihm beschieden war, keinen merklichen Einfluß auf die Stimmbeteiligung hatte, ist indessen die These von der ungünstigen Wirkung des «Rückfalls» in den «alten» Wahlkampfstil kaum schlüssig. Der Grund für die merkwürdig laue Aufnahme der Kampagne scheint an einem andern Ort zu liegen: in der Tatsache nämlich, daß es immer schwerer wird, auf kantonaler Ebene zu wirklich attraktiven, eindeutig politisch akzentuierten Standpunkten zu gelangen, die auch die Wählerschaft zentral berühren und damit in Marsch zu setzen vermögen. Das erfolgreiche Rezept des Ausweichens in die eidgenössische Politik, das der Landesring angewendet hat, unterstreicht diese Feststellung mit allem nötigen Nachdruck.

Politik heißt heute vor allem Wirtschaftspolitik. Die wirtschaftspolitische Entscheidungsbildung aber erfolgt heutzutage fast ausschließlich auf eidgenössischer Ebene. Die Kantone sind in diesem Bereich weitgehend zu bloßen Ausführungsorganen geworden. Die Politik «verschachtelt» sich auf dieser Ebene immer mehr. Es geht um den Ausbau der Infrastruktur und der öffentlichen Dienste. Politische Akzente ergeben sich nur noch

von der Finanzbeschaffung und vom Kampf um die Prioritätsordnung der öffentlichen Aufgaben her. Hier aber zeigen sich kaum noch Gegensätze grundlegender Art zwischen den Parteien. Niemand ist mehr gegen den Ausbau der Infrastruktur, und niemand wird sich mehr gegen sparsames Haushalten der öffentlichen Hand wenden. So ergeben sich parteipolitische Ausmarchungen um Nuancen, nicht um Prinzipien. Entsprechend wird es schwieriger, die Wählermassen anzusprechen und für das eine oder andere Programm zu begeistern.

Gegen diesen Tatbestand hilft auch ein «Neuer Stil» nicht allzu viel. Der vermehrte Einsatz von Radio und Fernsehen zur Information der Wähler zeitigt hier ebenfalls kaum spürbare Wirkung, da diese Massenmedien ja ihrer Natur nach zur politischen Neutralität verpflichtet sind und demzufolge nicht mehr bieten können als eine zusätzliche Möglichkeit, die Spitzenkandidaten der Parteien im Gespräch vorzustellen. Dabei muß man sich im klaren sein, daß der optische Eindruck am Bildschirm trotz der angestrebten Objektivität durchaus nicht zum Vorneherein wirklich objektiv zu sein braucht. Auftritte am Fernsehen sind teilweise Glücksache, ganz abgesehen davon, daß die «Telegenität» eines Kandidaten noch gar nichts aussagt über seine politischen Qualitäten. Wenn darüber hinaus «Bisherige» und «Neue» zusammen auftreten, wie dies bei den Zürcher Regierungsratswahlen der Fall war, so sind die «Neuen» meist im Nachteil, weil sie nicht aus dem Vollen der praktischen Amtserfahrung schöpfen können und weil sich naturgemäß auch weniger konkrete, gezielte Fragen an sie stellen lassen. Das zeigte sich gerade an der erwähnten «Zürcher» Sendung besonders deutlich, bei der das Publikum direkt als Fragesteller eingeschaltet wurde.

Politische Neugruppierungen?

Wurden die «historischen» Parteien von links bis rechts bei den Zürcher Kantonsratswahlen durch den Vormarsch des Lan-

desrings ohne ihren Willen ins gleiche Boot der Vertreter des «bestehenden Systems» gedrängt, so kam es bei den Zürcher Regierungswahlen zu einem willentlichen Zusammenschluß der traditionellen bürgerlichen Parteien, der sich auch als tragfähig erwies. Er ermöglichte es ihnen, den Ansturm der Sozialdemokraten auf ihr vor vier Jahren knapp verlorenes zweites Regierungsmandat erfolgreich abzuwehren und den zurückgetretenen Freisinnigen Dr. Zumbühl durch den freisinnigen Nationalrat Albert Moßdorf zu ersetzen.

Diese Bewährung einer «bürgerlichen Einheitsfront» ist heutzutage keine Selbstverständlichkeit mehr. Seit Mitte der fünfziger Jahre pflegten die bürgerlichen Parteien in Bund und Kantonen immer deutlicher ihre eigenen Wege zu gehen und von Fall zu Fall Koalitionen zu bilden. Zwar macht auch in der Politik eine Schwalbe noch keinen Sommer. Doch ist es möglich, daß die Zürcher Bewährungsprobe allgemein zu einem Wiedererstarken des bürgerlichen Gemeinschaftsgeistes beitragen wird; denn es fehlte in letzter Zeit auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Parteien nicht an Stimmen, die auf eine solche Entwicklung hinzuwirken suchten.

Fehlkalkulation

Am 19. April veröffentlichte der Bundesrat die Botschaft über die eidgenössische Staatsrechnung 1966. Der Abschluß ist wesentlich günstiger ausgefallen, als auf Grund des Voranschlags anzunehmen war. Die Rechnung weist 60 Millionen Mehreinnahmen und 184 Millionen Minderausgaben gegenüber dem Budget aus. Die Freude an diesem Ergebnis ist indessen nicht ungetrübt. In den letzten Monaten war die Finanzklemme des Bundes ein Hauptpolitikum. Die Unsicherheit in bezug auf die Genauigkeit der Zahlen trug wesentlich dazu bei, daß in der Diskussion um ein «Sofortprogramm» zur Sanierung des Bundeshaushalts weit mehr politisches Porzellan zerschlagen worden ist, als unbedingt notwendig gewesen wäre.

Die Folgen werden nicht ausbleiben. Es wird in Zukunft schwerhalten, finanzpolitischen Alarmrufen in der Öffentlichkeit zur entsprechenden Wirkung zu verhelfen. Dabei ist objektiv festzuhalten, daß sich die Finanzlage unverkennbar trotz des günstigen Rechnungsabschlusses langsam, aber sicher verschlechtert. Die öffentlichen Ausgaben haben sich von 1954 bis 1964 um 152 Prozent vermehrt, während das Bruttosozialprodukt in der gleichen Zeit nur um 117 Prozent gestiegen ist. Die effektiven Gesamtausgaben der öffentlichen Hand erforderten 1964 11,4 Milliarden Franken oder 20,5 Prozent des Bruttosozialprodukts gegen 4,5 Milliarden Franken oder 17,7 Prozent des Sozialprodukts im Jahre 1954. Es wird künftig nicht ohne langfristige finanzpolitische Sanierungsmaßnahmen gehen. Wie diese im einzelnen aussehen sollen, wird man wohl erst *nach* den Nationalratswahlen erfahren. Denn in den nächsten Monaten wird das öffentliche Klima einer sachlichen Behandlung des Problems kaum günstig sein.

Die künftige Gestalt der totalen Landesverteidigung

Mitte April teilte das Eidgenössische Militärdepartement mit, daß Oberstkorpskommandant Annasohn seine umfangreiche Studie betreffend die wirksame Unterstützung des Bundesrates in der Leitung der totalen Landesverteidigung abgeschlossen habe. Es steht in Aussicht, daß in der ersten Hälfte des nächsten Jahres eine entsprechende Botschaft des Bundesrates vorliegen wird. Bis dahin sollen die notwendigen internen Konsultationen in den verschiedenen Departementen und die Vernehmlassungen der Kantone und Verbände vorgenommen und verarbeitet werden.

Materiell ist lediglich bekannt geworden, daß Oberstkorpskommandant Annasohn als organisatorische Maßnahme vorschlägt, einen Delegierten des Bundesrates für die totale Landesverteidigung einzusetzen. Dieser Vorschlag ist in der Presse teilweise kritisch aufgenommen worden.

Wenn man aber davon ausgeht, daß die Verantwortung für die Sicherheit des Landes in letzter Instanz beim Bundesrat liegt und weiterhin liegen muß, dann stellt sich in erster Linie die Aufgabe, dem Bundesrat das notwendige Instrument der Koordination zur Verfügung zu halten.

Langfristig gesehen drängt sich immerhin die Frage auf, ob mit einer solchen minimalistischen Lösung, welche die gegenwärtige Regierungs- und Verwaltungsstruktur als gegeben voraussetzt und praktisch unangetastet läßt, auch wirklich durchzukommen sei. Hier wird sich in nächster Zeit sicherlich eine grundsätzliche Diskussion entspannen müssen. Der Gedanke etwa, ein eigentliches Landesverteidigungsdepartement zu bilden, der von Oberstkorpskommandant Annasohn abgelehnt wird, kann unter diesen Umständen keineswegs als endgültig erledigt betrachtet werden. Die gegenwärtig laufenden Untersuchungen der Bundesratsorganisation und die Überprüfung unserer Bundesverfassung bieten dabei einen günstigen äußeren Rahmen für eine einwandfreie Abklärung.

Begegnung zwischen Deutsch und Welsch

Die Expo 1964 hatte manch gutgemeinte Initiativen für eine eindringlichere Begegnung von Deutsch und Welsch zutage gefördert, ohne daß sie über das Ausstellungsjahr hinaus wirksam geblieben wären. Eine rühmliche Ausnahme bildet das damals bekundete Bestreben des Kantons Schaffhausen, auch außerhalb des

eidgenössischen Festkalenders zu «interkantonalen Landsgemeinden» Hand zu bieten. In den ersten Apriltagen war Schaffhausen Schauplatz einer «Quinzaine vaudoise». Das Lausanner «Office de propagande pour les vins vaudois» hatte sich als welscher Organisationspartner außerordentlich viel Mühe gegeben, durch Vermittlung von Konzerten, Vortragsveranstaltungen und Dokumentationsmaterial welsche Atmosphäre in die Stadt am Rhein zu tragen. Die waadtländischen Zeitungen stellten außerdem eine Beilage zusammen, die sämtlichen Schaffhauser Blättern beigegeben wurde und eine ausgezeichnete Übersicht über die Waadt, ihre Struktur und ihre Probleme vermittelte. Am Eröffnungstag erschienen auch zahlreiche waadtländische Vertreter von Politik, Kultur und Wirtschaft in der Munotstadt. Das geplante freundeidgenössische Volksfest blieb dabei allerdings eine weitgehend schaffhausische Angelegenheit, weil es nicht gelungen war, neben den offiziellen Gästen zusätzlich eine größere Anzahl von «confédérés» an den Rhein zu locken.

Die waadtländisch-schaffhausische Initiative verdient Nachahmung. Zwar kann heute kaum noch von einem «Graben» zwischen Deutsch und Welsch gesprochen werden. Doch ist die Tendenz, einfach kontaktlos nebeneinander herzuleben, auf lange Sicht nicht weniger gefährlich. Darum sollte diesseits und jenseits der Saane nichts versäumt werden, um die Sprachbarriere zu überwinden und das eidgenössische Gespräch kräftig in Gang zu halten.

Spectator